

Beiträge zur Zeitgeschichte



Von Dr. Klaus Rose

Ausländer und Asyl – Wörter mit Sprengkraft

„Hungern nach Aufmerksamkeit“. Das war vor kurzem die Schlagzeile der „Passauer Neuen Presse“ zum Hungerstreik von Asylbewerbern. Da dieses medienträchtige Ereignis in Bayern stattfand, verurteilte Bayerns Innenminister Joachim Hermann den Streik als solchen und er hielt die entsprechenden Forderungen „für insgesamt überzogen“. Die Streikenden hatten laut Presse Arbeits-, Essens- und Reisefreiheit gefordert, was in anderen Bundesländern schon möglich sei.

Das Wort „Asyl“ hat nicht nur in Bayern schon oft für Emotionen gesorgt. In den 1970er Jahren kamen immer mehr Asylbewerber in die Bundesrepublik Deutschland, sei es wegen zunehmender (Bürger-)Kriege auf der Welt (Vietnam, Iran, Palästina), sei es durch die neue Gesetzgebung der damaligen SPD/FDP-Koalition. Leer stehende Gasthöfe oder Mietsblöcke wurden von den Behörden den meist unerwünschten Menschen angeboten. Nicht selten brannten derartige Gebäude „rechtzeitig“ nieder. Der Passauer Landrat Baptist Kitzlinger, von den Menschen in der Region hoch geschätzt, äußerte im Februar 1981: „Schließlich kann niemand tatenlos zusehen, wenn immer mehr Fremde ins Land kommen und dadurch bisher friedliche Bürger und Nachbargemeinden aufeinander losgehen. Ich fordere also wirksame Maßnahmen gegen den Missbrauch des Asylrechts durch Scheinasylanten“.

Die Geschichte des politischen Asyls

Das Recht auf „Asyl“ hat eine lange Geschichte. In der Bibel liest man von der „Flucht der heiligen Familie nach Ägypten“ (und der dortigen Aufnahme), die Hugenotten wurden in Preußen aufgenommen, die USA gründeten sich genau genommen auf lauter politischen Flüchtlingen. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland hatte nicht bloß wegen der Erfahrungen der Nazizeit das „Grundrecht Asyl“ eingeführt. Gegen dieses hatte natürlich niemand etwas, wie gerne betont wurde. Nur die „Scheinasyllanten“ oder auch die „Wirtschaftsschmarotzer“,

von denen beispielsweise Ministerpräsident Max Streibl in Passau beim Politischen Aschermittwoch 1992 sprach, trieb die Menschen auf die Palme. Erst als man sich, nach langen und harten Auseinandersetzungen und nach dem Entstehen neuer rechtsextremer Parteien, 1993 auf eine Grundgesetzänderung einigen konnte, nahmen die Emotionen ab. Der „innere Widerstand im Volk“ aber blieb. Nicht selten schmähte man Helmut Kohl als „Auslands- und Europakanzler“. In diesem geistigen Klima auch noch die „sündteure“ Deutsche Einheit zu bewerkstelligen, überstieg die Kräfte der Toleranz. Das gleiche galt für die an „die Tore Europas“ klopfenden Mittelosteuropäer.

Ausländer und Asylanten wurden nämlich allzu gerne in einen Topf geworfen, in den Topf der Gefährdung des eigenen Wohlstandes. Genau genommen betrachtete man bei dieser Geisteshaltung auch „die neuen Ostdeutschen“ als „Ausländer, die etwas von uns wollen“. Die „Ossis“ wollten mindestens das Geld (Besuchergeld, Umtausch der Währung, Aufbauhilfen, Solidaritätszuschlag), doch die „Besserwessis“ wollten mit ihrem Geld schnell weitere Besitz- und Reichtümer in den neuen Bundesländern aufhäufen. Gar mancher Wessi (darunter auch Bayern) wurde tatsächlich erst „im Osten“ reich und gar mancher Wessi machte tatsächlich erst „im Osten“ seine wirkliche berufliche oder politische Karriere.

Die Stimmungslage gegen „den Osten“

„Der Osten“ galt für die Deutschen schon lange als schwierig, als Weltgegend, aus der die

Gefahr kommt. Von den Hunnen bis zu den Russen zog sich diese Gefahr. Man hatte sie oft brutal erlebt, man hatte allerdings auch gegen „den Westen“ gekämpft (Briten, Franzosen, Holländer). Dank der europäischen Einigung zieht aber niemand mehr, auch nicht mit Worten, gegen die westlichen Nachbarn zu Felde – höchstens in Fußballzeiten.

Gegen den Osten wurden die Stimmungen noch angeheizt, als sich die Grenzen öffneten. Man konnte sogar sein politisches Mandat riskieren, wenn man beispielsweise „die Gefahr aus der Tschechei“ nicht jeden Tag auf den Lippen trug (Arbeiterschwemme, Betriebsmiedlungen, Kriminalität, Semmelkrieg, Temelin). Doch dann kam vieles anders. Bayerische Wirtschafts- und Innenminister wie Emilia Müller oder Joachim Hermann hatten plötzlich eine andere Bilanz gezogen. So stand in der „Passauer Neuen Presse“ am 9. Februar 2010: „Ostbayern ist sicherer geworden“. Joachim Hermann fügte hinzu: „Der Wegfall der Grenzkontrollen hat also nicht zu einer Steigerung der Gesamtkriminalität geführt.“ Die Aussagen von Müller oder Hermann müssen nicht stimmen. Da aber die bayerische Staatsregierung und so mancher CSU-MdL an der Grenze die Jahre zuvor zu den Warnern gehört hatten, übrigens auch gegen Österreich, sind sie zumindest bemerkenswert.

Eigentlich müsste sich die Stimmungslage gegen die Ausländer drehen

Es war und ist immer wieder einmal an der Tagesordnung, das deutsche Boot als viel zu



Baptist Kitzlinger, 1970-1990 Landrat von Passau.

voll zu betrachten und „Ausländer raus“ zu rufen. Gar manche Kundgebung heizte die Stimmung an. Das geschah sogar in Stadtvierteln, in denen die Menschen gerne in den Restaurants der Ausländer weilten. Das Ur-Gefühl, von Fremden bedroht zu werden, ist auch im 21. Jahrhundert weit verbreitet. Nach dem 2. Weltkrieg waren deshalb sogar die Heimatvertriebenen mehr bedrohende Fremde als Deutsche und Verwandte. In vielen westdeutschen Landkreisen waren plötzlich zwanzig bis fünfzig Prozent der Bevölkerung Flüchtlinge oder Vertriebene. Das war nicht auszuhalten. Dann kamen die vielen Asylanten, die „Aus-, Um-, Übersiedler“, die „Balkan-Flüchtlinge“, schließlich die Arbeitssuchenden im Zeitalter der deutschen Wiedervereinigung. Man wollte sich nicht selten wehren.

Doch jetzt tauchen neue Töne auf, vor allem in Nordrhein-Westfalen. Dort gibt es einen „Minister für Integration“ und dieser hatte vor kurzem auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung auf Schloss Eichholz bei Bonn geworben, wegen der „dramatisch neuen Zahlen“ müssten die Deutschen von ihrem Hohen Ross herunter. Seine Warnung: Seit 2008 ist Deutschland ein „Auswanderungsland“. Das deckt sich mit den Prognosen, die vor kurzem in vielen Zeitungen zu lesen waren. Ganze Landstriche in Deutschland, auch in Bayern, würden wegen Bevölkerungsmangel veröden. Was ist die Ursache? Die schlechte

Politik in Berlin, die „die Reichen“ vertreibt? Die mangelnde Geburtenfreudigkeit in Deutschland? Die schlechte Wirtschaftspolitik in einzelnen Regionen, nicht bloß in Brandenburg? Oder ein fremdenfeindlicher Ruf Deutschlands (Abschiebungen, Überfälle)? Eine falsche Bildungspolitik, die „die Kleinen“ benachteiligt und keinen Aufstieg zulässt? Die Nichtanerkennung ausländischer Zertifikate? Die größere Attraktion von Ländern wie den USA, wohin indische Hochschulabsolventen lieber gehen als nach Deutschland?

Gäbe es nicht seit dem Jahr 1955 „Gastarbeiter“ in Deutschland (1. Abkommen zur Anwerbung von Italienern), sähe die Bevölkerung anders aus. Wäre das besser? Jedenfalls stehen heutzutage zu viele Wohnblocks oder Einfamilienhäuser in Deutschland bereits leer. Auch die zunehmend alternde Gesellschaft braucht „neue Fremde“, Pflegefachkräfte aus „dem Osten“. Die berühmte „Green Card“ von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) war ein Flop. Es kamen 607 Bewerber. Muss die deutsche Politik deshalb „Einwanderungsland“ als Ziel anstreben? Ohne Integrationsarbeit ginge das nicht. Bei letzterem hat auch die Bayerische Staatsregierung umgedacht: seit kurzem gibt es mit dem Kelheimer CSU-MdL Martin Neumeyer einen eigenen „Integrationsbeauftragten“. Et was verspätet, aber doch?